

Entschädigungssatzung des Main-Taunus-Kreises

Aufgrund der §§ 5 und 18 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 27 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) hatte der Kreistag am 18.12.1978 eine Entschädigungssatzung beschlossen. Die erste Änderung beschloss der Kreistag am 24.03.1980, die zweite Änderung am 04.05.1981, die dritte Änderung am 14.06.1982, die vierte Änderung am 29.05.1985, die fünfte Änderung am 12.12.1994, die sechste Änderung am 11.09.2000 (Amtsblatt Nr. 42/2000 vom 29.09.2000) die siebte Änderung am 11.12.2006, die achte Änderung am 17.12.2012, die neunte Änderung am 13.07.2015, die zehnte Änderung am 22.02.2016, die elfte Änderung am 19.09.2016 und die zwölfte Änderung am 23.10.2017.

In Anwendung der einschlägigen Vorschriften (siehe oben) der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und der Hessischen Landkreisordnung (HKO), jeweils in der aktuellen Fassung hat der Kreistag des Main-Taunus-Kreises die 13. Änderung der Entschädigungssatzung am 13.12.2021 erlassen.

Dies wird zum Anlass genommen, die nachfolgende Satzung wie folgt im vollen Wortlaut im Amtsblatt des Main-Taunus-Kreises zu veröffentlichen.

§ 1

Verdienstaussfall

- (1) Kreistagsabgeordnete, ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, Ehrenbeamte, Ehrenbeamtinnen und andere für den Kreis ehrenamtlich Tätige, denen nachweisbar ein Verdienstaussfall entstehen kann, wird Ersatz des Verdienstaussfalles gewährt.
- (2) Für den Ersatz des Verdienstaussfalles wird ein Durchschnittssatz von 30,00 Euro je Sitzung festgesetzt. Er ist von dem oder der Berechtigten geltend zu machen. Der Durchschnittssatz wird generell für Einkommen nach § 8 SGB IV (Geringfügigkeitsgrenze) auf Nachweis gezahlt. Hausfrauen und Hausmännern wird der Durchschnittssatz ohne Nachweis gewährt.
- (3) Anstelle des Durchschnittssatzes kann der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaussfall verlangt werden; dies gilt auch für erforderliche Aufwendungen, die wegen Inanspruchnahme einer Ersatzkraft zur Betreuung von Kindern, Alten, Kranken und Behinderten entstehen.
- (4) Selbstständig Tätige erhalten auf Antrag anstelle des Durchschnittssatzes eine Verdienstaussfallpauschale je Stunde, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens festgesetzt wird. Dabei darf ein Höchstbetrag von 35,00 Euro pro Stunde nicht überschritten werden.

§ 2

Fahrtkostenersatz

- (1) Kreistagsabgeordnete, ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, Ehrenbeamte, Ehrenbeamtinnen und andere für den Kreis ehrenamtlich Tätige haben Anspruch auf Ersatz ihrer tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Fahrkosten in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Hessischen Reisekostengesetzes in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Bei Benutzung des eigenen Kraftfahrzeuges wird die Kilometerpauschale in Höhe des für privateigen anerkannte Kraftfahrzeuge maßgebenden Satzes gewährt.
- (3) Bei Dienstreisen werden Reisekosten nach Stufe I des Hessischen Reisekostengesetzes gewährt.

§ 3

Aufwandsentschädigung

- (1) Kreistagsabgeordnete, ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, Ehrenbeamte, Ehrenbeamtinnen und andere für den Kreis ehrenamtlich Tätige erhalten neben den Entschädigungen nach den §§ 1 und 2 zur pauschalen Abgeltung aller übrigen Auslagen eine Aufwandsentschädigung von 50,00 Euro je Sitzung des Gremiums des Kreises, dem sie angehören oder bei dem sie teilnahmeberechtigt sind.
- (2) Mitglieder des Kreistages und Kreisausschusses, die am elektronischen Sitzungsdienst teilnehmen, erhalten eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 10,00 Euro.

Damit sind alle durch die Teilnahme entstehenden Aufwendungen, wie zum Beispiel die Vorhaltung, Betrieb und Reparatur von Endgeräten und die Kosten des Internetzugangs sowie ggfs. Kosten für das Ausdrucken von Unterlagen von zu Hause aus, abgegolten.

- (3) Daneben werden zur Abgeltung zusätzlicher Aufwendungen Aufwandsentschädigungen gewährt:
 - a) dem oder der Kreistagsvorsitzenden monatlich 300,00 Euro,
 - b) einem oder einer ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten, wenn er oder sie den Landrat oder die Landrätin, den hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten oder die Erste Kreisbeigeordnete vertritt, 75,00 Euro für jeden Kalendertag der Vertretung oder bei kurzzeitiger Vertretung von weniger als einem Tag (z.B. Besuch einer Veranstaltung) 30,00 Euro je Termin.
 - c) einem oder einer ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten, der oder die ehrenamtlich ein Dezernat verwaltet, monatlich 1.000,00 Euro.
 - d) einem oder einer stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden 150,00 Euro für jeden vollen Monat der Vertretung des oder der Kreistagsvorsitzenden oder bei kurzzeitiger Vertretung von weniger als einem Tag (z.B. Besuch einer Veranstaltung) 30,00 Euro je Termin.

- e) dem oder der Vorsitzenden einer Kreistagsfraktion monatlich 250,00 Euro.
- f) einem Geschäftsführer des Präventionsrates monatlich 940,-- Euro. In diesem Betrag sind sämtliche Fahrt- und Reisekosten innerhalb des Kreisgebietes enthalten.
- g) den ehrenamtlichen Mitarbeitern der Ombudsstelle Pflege monatlich jeweils 150 Euro. In diesem Betrag sind sämtliche Fahrt- und Reisekosten innerhalb des Kreisgebietes enthalten.
- h) Ausschussvorsitzende erhalten pro gehaltener Sitzung das doppelte Sitzungsgeld.

§ 4

Ersatzpflichtige Fraktionssitzungen

- (1) Kreistagsabgeordnete erhalten für die Teilnahme an Sitzungen ihrer Fraktion, der Arbeitskreise ihrer Fraktion sowie ihres Fraktionsvorstandes, die zur Vorbereitung von Sitzungen des Kreistages und dessen Ausschüssen dienen, Verdienstaufschlag (§ 1), Fahrkostenersatz (§ 2) und Aufwandsentschädigung gemäß § 3 Abs. 1. Dies gilt auch für die an solchen Sitzungen teilnehmenden ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten.
- (2) Die Gesamtzahl der abrechnungsfähigen Sitzungen nach Abs. 1 wird pro Kreistagsabgeordnetem bzw. Kreistagsabgeordneter und ehrenamtlichen Kreisbeigeordnetem bzw. ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter auf 60 pro Jahr festgesetzt.
- (3) Gruppierungen, die keinen Fraktionsstatus haben, erhalten für die Sitzungen ihrer Gruppe zur Vorbereitung des Kreistages und dessen Ausschüsse pro Jahr insgesamt 20 Sitzungen erstattet. Ansonsten gelten die Regelungen in Abs. 1 sinngemäß.

§ 4 a

Regionale Gremien

- (1) Kreisangehörige, die durch Wahl oder Beschluss der Kreisorgane als Vertreter oder Vertreterin oder Stellvertreter oder Stellvertreterin des Main-Taunus-Kreises in die Regionale Planungsversammlung beim Regierungspräsidium in Darmstadt oder in andere regionale Gremien entsandt werden, erhalten Ersatz des Verdienstaufschlages und der Fahrkosten gemäß § 1 und § 2 sowie Aufwandsentschädigung gemäß § 3 Abs. 1 dieser Satzung.
- (2) Ersatz des Verdienstaufschlages und der Fahrkosten sowie Aufwandsentschädigung werden auch für die Teilnahme an Sitzungen der Fraktionen, Fraktionsvorstände und der Arbeitskreise der Fraktionen der Gremien nach Abs. 1 gewährt. Die Zahl der ersatzpflichtigen Fraktionssitzungen wird auf 15 Sitzungen pro Jahr, die Zahl der Fraktionsvorstands- und Arbeitskreissitzungen auf zusammen 18 Sitzungen pro Jahr begrenzt.
- (3) Personen nach Abs. 1, die in regionalen Gremien eine Funktion wahrnehmen, die der des § 3 Abs. 2 e entspricht, erhalten eine Aufwandsentschädigung nach dieser Regelung.
- (4) Die Leistungen nach Abs. 1-3 werden nur dann seitens des Kreises gewährt, wenn keine Zahlungspflicht eines anderen Kostenträgers besteht.

§ 5**Unübertragbarkeit, Unverzichtbarkeit**

- (1) Die Ansprüche nach §§ 1 bis 4 sind nicht übertragbar, auf die Aufwandsentschädigung nach § 3 kann weder ganz noch teilweise verzichtet werden.
- (2) Abs. 1 gilt entsprechend auch für die Ansprüche nach § 4a.

§ 6**Inkrafttreten**

Die Entschädigungssatzung in der Fassung der zwölften Änderung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung zum 01.01.2022 in Kraft.

Hofheim am Taunus, 28.12.2021
Main-Taunus-Kreis
Der Kreisausschuss

gez.

Michael Cyriax
(Landrat)